

Energiepolitische Vorstellungen von Umweltschutzparteien in Westeuropa

Rudolf Hrbek

I. Einleitung

1. Zur Bezeichnung "Umweltschutz-Parteien"

Die Bezeichnung "Umweltschutz-Parteien" suggeriert, daß es sich um "Ein-Themen-Parteien" handelt, oder doch mindestens, daß ökologische Anliegen bei Parteien dieses Typus im Zentrum stehen und ganz eindeutig dominieren¹. Ein Blick auf die Realität - also auf Programmatik, Selbstverständnis und praktische Aktivitäten von Parteien, die so bezeichnet werden, - zeigt indessen, daß die Attribute "Umwelt" oder "ökologisch" nur einen Ausschnitt und Teil eines viel breiteren und inhaltlich umfassenderen politischen Profils bezeichnen. Statt der Bezeichnung "Umweltschutz-Parteien" ist es daher zutreffender, von Grün-Alternativen Parteien² zu sprechen:

- Zu ihnen zählen vor allem grüne Parteien, die seit Ende der siebziger Jahre in vielen Staaten Westeuropas aktiv sind und in mehreren Staaten auch den Einzug in die nationalen Parlamente, seit 1984 auch ins Europäische Parlament, geschafft haben. Es handelt sich um grüne Parteien ganz unterschiedlicher politisch-ideologischer Prägung, die sich zum Teil ganz bewußt als alternative Parteien verstehen.
- In einem weiteren Sinn wird man dieser Gruppe auch kleinere linke Splitterparteien zurechnen können³, die sich schon früher, nämlich in den sechziger Jahren in einzelnen westeuropäischen Staaten konstituiert haben. Sie entstanden primär als bewußte Reaktion auf orthodoxen und dogmatisch verhärteten Kommunismus; ihre Wurzeln liegen ganz wesentlich in der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen bzw. antiparlamentarischen Opposition.

All diesen Parteien ist gemeinsam⁴, daß sie sich ökologischer Anliegen in besonders starkem Maße annehmen, wozu auch die Ablehnung der Kernkraft gehört. Weitere Gemeinsamkeiten beziehen sich auf das Eintreten für gesellschaftliche Randgruppen und Minoritäten, auf Solidarität mit den Völkern und Staaten der Dritten Welt, und auf die Forderung nach einseitiger Abrüstung und unbedingtem Vorrang für Friedenspolitik. Eine weitere Gemeinsamkeit betrifft Fragen der innerorganisatorischen Struktur: Der

Ablehnung von Oligarchisierungstendenzen, wie sie als typisch für die sogenannten etablierten Parteien bezeichnet werden, korrespondiert das Eintreten für ein möglichst hohes Maß an innerorganisatorischer Partizipation, also einem Höchstmaß an Basisbezug.

Wo sich, wie insbesondere in Dänemark und in den Niederlanden, in den sechziger Jahren gegründete kleine linke Splitterparteien des Umwelt-Themas angenommen haben, sind später keine ausgesprochen grünen Parteien entstanden. Wo sich hingegen grüne Parteien gebildet haben, verstanden sie sich fast ausnahmslos als linksstehend und insofern als eine Alternative zum etablierten Parteienspektrum. Ökologische Anliegen spielen zwar eine wesentliche Rolle, werden aber in einen größeren Kontext gestellt; die Verwirklichung ökologischer Anliegen, wie sie von diesen Parteien formuliert werden, wird letztlich nur zusammen mit einer grundlegend veränderten Politik für möglich gehalten. Dieses Selbstverständnis rechtfertigt, von grün-alternativen Parteien zu sprechen; ökologische Anliegen machen nur einen Teil ihrer Programmatik aus.

2. Wahlerfolge der grün-alternativen Parteien

Sieht man von ganz wenigen linken Splitterparteien ab, so setzt die Entstehung grüner Parteien in Westeuropa in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein. Sie machen, wie insbesondere das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zeigt, vielfach eine rasche Aufwärtsentwicklung durch - Beobachter sprechen von einer "Grünen Welle"⁵ - und schaffen hier und dort erstmals den Einzug in nationale Parlamente. Im Jahr 1984 erringen die Parteien dieser Richtung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in einzelnen Staaten Mandate, so daß sich im Straßburger Parlament eine grün-alternative Gruppierung bildet. Mittlerweile stellen diese grün-alternativen Parteien Abgeordnete in den Parlamenten mehrerer westeuropäischer Staaten: In Österreich, Belgien, Finnland, Italien, Luxemburg, Schweden, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben zwar noch nirgends die 10%-Marke erreicht, scheinen sich aber doch mehr oder weniger fest als neuer Teilhaber im Parteienspektrum etabliert zu haben.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1989 ist es diesen Parteien gelungen, ihren prozentualen Anteil gegenüber 1984 beinahe zu verdreifachen, nämlich von 2,7 auf 7,7%⁶. Dieser EG-weite Durchschnittswert zeigt deutlich, daß diese Parteien in Westeuropa zu einer politischen Realität geworden sind. Es ist sehr stark beachtet worden, daß sie bei den Europa-Wahlen 1989 auch in solchen Ländern bemerkenswerte Erfolge erzielt haben, wo sie bislang nur eine geringe oder gar keine Rolle gespielt hatten. So haben sie in Großbritannien mit 14,5% einen ganz spektakulären Erfolg erzielt und

konnten selbst auf der grünen Insel Irland 3,7% der Wähler für sich gewinnen. Nicht zuletzt in Frankreich - einem Land, von dem man lange meinte, Umweltprobleme würden dort kaum nennenswerte Resonanz finden, - ist es den Grünen gelungen, auf 10,6 % zu kommen.

Die EG-weite Zunahme ist allerdings darauf zurückzuführen, daß die Grünen dort zugelegt haben, wo sie bislang nicht oder kaum vertreten waren. In der Bundesrepublik, wo die Grünen bereits seit den Bundestagswahlen 1983 parlamentarisch repräsentiert sind, konnten sie ihren zuletzt auch in nationalen Wahlen erreichten Anteil lediglich halten⁷. Wenn sich damit für die Bundesrepublik abzeichnet, daß die Grünen das Ende ihrer Fahnenstange erreicht haben, bleibt abzuwarten, ob die Entwicklung in anderen westeuropäischen Staaten zum gleichen Ergebnis führen wird. Mehr als wahrscheinlich erscheint indessen, daß sich Parteien mit diesem Profil in westeuropäischen Industriestaaten auf einem Niveau stabilisieren, welches eine mindestens minimale parlamentarische Vertretung ermöglicht. In diesem Zusammenhang sei nur noch angemerkt, daß sich im Zuge der Parteienentwicklung in der DDR auch dort eine grüne Parteigruppierung gebildet hat⁸.

II. Energiepolitische Vorstellungen grün-alternativer Parteien

Obwohl diese Parteien in einem jeweils eigenständigen nationalen politischen Umfeld agieren und obwohl sich auch ihre Programmatik in der einen oder anderen Einzelfrage unterscheidet, so gibt es trotz dieser Unterschiede Gemeinsamkeiten. Eine davon ist, daß allen Parteien Energiepolitik überaus wichtig ist. Im wesentlichen stimmen sie in ihren energiepolitischen Vorstellungen überein: Sie lehnen die Kernkraft ab, sie fordern eine radikal neue Energiepolitik und sie streben die Realisierung dieses Programms im Rahmen eines umfassenden Umbaus der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der jeweiligen Staaten an⁹.

1. Die Ablehnung der Kernkraft

Das ganz kategorische Nein zur Kernkraft wird insbesondere mit fehlender Umweltverträglichkeit, zweitens mit fehlender Sozialverträglichkeit begründet. Im einzelnen werden folgende Argumente vorgetragen:

- Die Verwendung von Kernkraft sei mit unabsehbaren Risiken verbunden, insbesondere dem eines Kraftwerkunfalls und dem, der aus dem Atomabfall resultiere. Damit würden den nachfolgenden Generationen lebensbedrohende Hyptheken aufgebürdet.

- Die Verwendung von Kernkraft sei extrem unwirtschaftlich, weil sie sehr hohe Investitionssummen binde, die für zukunftssträchtige neue Energiequellen und ihre Erschließung nicht zur Verfügung stehen.
- Die Verwendung von Kernkraft führe die meisten Benutzerstaaten in Abhängigkeit: von den Uran besitzenden Staaten sowie von den Staaten, die die entsprechende Technologie besitzen und weiterentwickeln. Dieses Argument wird insbesondere in kleineren europäischen Staaten vorgetragen; ihre ohnehin starke ökonomische Abhängigkeit von den größeren und wirtschaftlich mächtigeren Staaten würde so noch zunehmen.
- Die Verwendung von Atomkraft fördere die Verbreitung von Nuklearwaffen und trage damit zu einer verhängnisvollen Destabilisierung der internationalen Beziehungen bei.
- Die nicht ausreichende Sozialverträglichkeit wird insbesondere mit dem Hinweis begründet, daß Kernkraft erwiesenermaßen Angst bei den Menschen erzeuge, wie es in Zukunft um sie und ihre Lebensumwelt bestellt sein würde.
- Weiter wird in diesem Zusammenhang argumentiert, die Verwendung von Kernkraft fördere eine zentralistische Politik, sei also gegen Freiheit, Selbstbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen gerichtet und bedrohe insofern die Demokratie; der "Atomstaat" trage unverkennbar totalitäre Tendenzen in sich.
- Und schließlich: Die Verwendung von Atomkraft sei nicht ausreichend demokratisch legitimiert: Wo es um sogenannte "Lebensfragen" gehe, seien einfache Mehrheitsentscheidungen ebenso wenig akzeptabel wie die unkontrollierte Macht von Monopolen der Energiewirtschaft.

2. Die Forderung nach radikaler Neuorientierung der Energiepolitik

Der Ablehnung der Kernkraft stellen grün-alternative Parteien die ebenso entschiedene Forderung nach einer umfassenden Neuorientierung der Energiepolitik gegenüber. Als Elemente dieser Neuorientierung werden genannt:

- Zum einen müßte der Energieverbrauch einschneidend gedrosselt werden. Es wird gefordert, Energie zu sparen und rationeller zu nutzen, um beispielsweise unnötige Verluste beim Transport zu vermeiden.

Zum zweiten müßten erneuerbare Energien entwickelt, das heißt, Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme, Biogas, Wärmespeicher stärker genutzt werden. Diese erneuerbaren Energien seien nicht nur umwelt- und sozialverträglicher, sie würden dazuhin auch neue Märkte für Industrie und Handel schaffen.

Zur radikalen Neuorientierung der Energiepolitik gehöre drittens der sofortige oder doch zumindest sehr rasche Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Ausstieg wird als sofort möglich bezeichnet. Denn bereits jetzt seien Überkapazitäten von ca. 40% zu verzeichnen. Vor allem aber sei der Ausstieg auf vielfältige Weise kompensierbar: Andere Energieträger (wie etwa Öl, Gas, Kohle; und zwar sowohl heimische als auch Importkohle) könnten stärker als bisher eingesetzt werden; in der Bundesrepublik müßte als flankierende Maßnahme ein Tempolimit auf Autobahnen und Straßen eingeführt werden, so daß dann insgesamt nicht mehr Schwefeldioxyd und Stickoxyd-Emissionen zu verzeichnen sein würden; Kompensationseffekte seien schließlich durch Sparen von Energie sowie durch Entwicklung neuer Techniken zu erzielen. Mit Nachdruck wird die Auffassung vertreten, daß in erneuerbaren Energiequellen viel größere Potentiale liegen, als von den etablierten politischen Gruppierungen und den Energieversorgungsunternehmen gemeinhin zugegeben werde.

- Ein viertes Element dieser geforderten Neuorientierung bezieht sich auf die radikale Umstrukturierung der Energiewirtschaft. Grün-alternative Parteien wenden sich in diesem Zusammenhang vehement gegen den "Gigantismus" von Großtechnik und Großunternehmen; es ist nur konsequent, daß sie die Realisierung des EG-Binnenmarkts bis Ende 1992, also die Errichtung eines einheitlichen großen Wirtschaftsraums, ablehnen. Stattdessen plädieren sie für konsequente Dezentralisierung und Kommunalisierung der Energiewirtschaft und fordern in diesem Sinn, auch Klein-erzeuger zu unterstützen und ihnen beispielsweise dadurch Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, daß sie ihren Überschuß zu angemessenen Preisen in das Leitungsnetz der Großunternehmen einbringen können.
- Zur Neuorientierung der Energiepolitik gehöre schließlich, auch rechtliche und finanzielle Voraussetzungen für den geforderten Umbau zu schaffen. Dazu gehören Richtlinien für den Transport, die Verteilung und den Verbrauch von Energie; steuerliche Anreize für die Entwicklung neuer Energiequellen; nicht zuletzt auch die Besteuerung knapper und risikoreicher Energiequellen. Je teurer einzelne Energiequellen werden, desto eher würde auf sie verzichtet werden. So beklagen die grün-alternativen Parteien den nach der Ölkrise wieder eingetretenen Ölpreisverfall und plädieren dafür,

durch eine Importabgabe auf Öl und Gas die Preise stabil, nämlich hoch zu halten was im übrigen dann auch den Kohlepfennig entbehrlich machen würde. Bei der Gestaltung der Stromtarifordnung wird einer Progression das Wort geredet: Wer mehr verbraucht, soll auch entsprechend mehr bezahlen. Und schließlich müßten sehr viel mehr Forschungsgelder für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen eingesetzt werden, statt wie bisher für Kernfusion und Kernspaltung.

3. Der Umbau der politischen und wirtschaftlichen Ordnung als Voraussetzung für eine neue Energiepolitik

Die Realisierung des energiepolitischen Programms grün-alternativer Parteien setzt ihrer Auffassung nach den umfassenden Umbau der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der betreffenden Staaten voraus. So heißt es im Parteiprogramm der bundesrepublikanischen Grünen, es bedürfe einer grundlegenden Alternative für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und ihr Programm für die Bundestagswahl 1987 formulierte: "Der Umbau der Wirtschaft beinhaltet Weichenstellungen zu einer ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsweise. Wir sind uns bewußt, daß dieser Umbau die gesamte Art des Produzierens sowie die alltägliche Lebens- und Konsumweise umgestalten muß." Wie soll die neue Ordnung im einzelnen aussehen?

- Da wird zunächst die Selbstbestimmung der in der Produktion Tätigen gefordert sowie demokratische Übereinkunft über den Wirtschaftsablauf; die Übereinstimmung mit dem, was gemeinhin unter der Bezeichnung "Wirtschaftsdemokratie" zusammengefaßt wird, ist unverkennbar. Eine ihrer Komponenten bezieht sich auf Veränderungen der Eigentumsordnung bzw. der Verfügungsmacht über Produktionsmittel, wenn Selbstbestimmung gefordert wird. Die zweite Komponente von Wirtschaftsdemokratie bezieht sich auf Entscheidungen zur Wirtschaftsplanung - gegebenenfalls nur einer Rahmenplanung - durch (sicherlich gewählte) Repräsentativgremien mit möglichst starkem Basisbezug. Das grundlegende Problem einer Spannung zwischen Selbstbestimmung einerseits und übergeordneter, letztlich also tendenziell zentraler Koordination und Steuerung bleibt auch hier ungeklärt. Sozialpartnerschaft wird abgelehnt, denn sie bedeute, wie sie praktiziert werde, nichts anderes als die permanente Unterordnung des Faktors Arbeit unter den Faktor Kapital. Konkret wird als Alternative Selbstbestimmung gefordert und präzisiert, daß dabei die Berufstätigen volle Meinungs- und Produktionsfreiheit haben und die Unternehmensleitungen wählen, abwählen und kontrollieren müßten.

Zur Frage der Eigentumsordnung bzw. Verfügungsmacht über Produktionsmittel wird präzisierend gesagt, Produktionsmittel und Banken müßten in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt werden. Es wird unterstrichen, daß damit nicht die traditionelle Form von Verstaatlichung gemeint sei, die mit dem Argument abgelehnt wird, sie erlaube keine basisdemokratische Kontrolle. Ein möglichst enger Bezug zur Basis erweist sich erneut als Eckpunkt grün-alternativer Politik-Vorstellungen.

Der Basisbezug wird auch in der Forderung erkennbar, daß regionale und lokale Wirtschaftsräume an Bedeutung zunehmen und der Wirtschaftsstruktur ihr Gepräge geben müßten. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß Vorgänge auf dieser dezentralen Ebene demokratisch steuerbar seien.

Als weiteres Element der neuen Ordnung wird die gesamtwirtschaftliche, demokratische Rahmenplanung genannt. Sie sei erforderlich und unverzichtbar, um die strukturellen Mängel einer unregulierten Marktwirtschaft - wie sie sich in hoher Arbeitslosigkeit, in ökologischen Defekten sowie in Wirtschaftskrisen zeigen - zu verhindern. Nach grün-alternativem Verständnis sei dies keineswegs gleichbedeutend mit zentraler Planwirtschaft, weil die gesamtwirtschaftliche Rahmensetzung erst nach breiter gesellschaftlicher Diskussion demokratisch entschieden und nicht von einer fernab von Betroffenen plazierten Zentralinstanz befohlen werde.

Zu den Realisierungsbedingungen neuer Energiepolitik gehört weiterhin, die internationale Arbeitsteilung, im Verständnis grün-alternativer Parteien die einseitige Abhängigkeit vor allem kleinerer Staaten zu reduzieren und tendenziell zu beseitigen. Diese Infragestellung der internationalen wirtschaftlichen Arbeitsteilung wird nicht zuletzt von grün-alternativen Gruppierungen in Staaten an der Peripherie Europas vertreten.

Schließlich wird die Notwendigkeit eines Umbaus der politischen Entscheidungsstrukturen in den liberal-demokratischen Systemen Westeuropas unterstrichen und gefordert. Basisdemokratische Formen, dazuhin Volksbegehren und Volksentscheid, müßten gestärkt werden und gegenüber den konventionellen Entscheidungsformen repräsentativer parlamentarischer Regierungssysteme Vorrang erhalten. Wenn parlamentarische Mehrheitsentscheidungen als Ausdruck einer Mehrheitsdiktatur diffamiert werden und ihnen demokratische Legitimität häufig abgesprochen wird - jedenfalls bei ausgewählten Einzelproblemen, die als sogenannte "Lebensfragen" definiert werden -, dann kann die Forderung nach Volksentscheiden nicht überzeugen, weil es sich dabei gleichfalls um den eindeutigen Fall einer Mehrheitsentscheidung handelt.

Gerade in den eben referierten Vorstellungen grün-alternativer Parteien zeigt sich, daß es sich bei ihnen keineswegs um bloße Umweltschutz-Parteien handelt, sondern daß sie mit dem sehr viel umfassenderen Anspruch auftreten, für die Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ein in sich geschlossenes umfassendes Konzept zu haben. Nach dem offensichtlichen Niedergang orthodoxer kommunistischer Regime mit ihren Ordnungskonzepten, stellen grün-alternative Gruppierungen heute diejenige politische Kraft dar, die in den Staaten Westeuropas am entschiedensten für radikale Alternativen eintreten. Das gilt keineswegs nur für das Gebiet der Energiepolitik, der zwar ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird, die aber im Rahmen eines alternativen Gesamtkonzepts gesehen und betrieben wird.

III. Zum Verständnis des Wirkens grün-alternativen Parteien

Um das Wirken dieses Typus von Parteien besser zu verstehen, sollen im folgenden noch einige zusätzlichen Hinweise gegeben werden. Diese Hinweise beziehen sich auf die Entstehungsgründe und damit das Profil grün-alternativer Parteien; auf ihre Aktivitäten sowohl auf der nationalen als auch auf der europäisch-internationalen Ebene; schließlich auf ihre Resonanz in der Gesellschaft und damit auf Möglichkeiten von Koalitionen und Kooperationsbeziehungen sowie für ihre Durchsetzungschancen ganz generell.

1. Die Wurzeln grün-alternativer Parteien

Kennt man Entstehungsgeschichte und Wurzeln dieser Parteien, dann werden die von ihnen vertretenen Vorstellungen sehr viel besser verständlich.

- Die Ursprünge dieser Parteien liegen vielfach in Bürgerinitiativen, die sich vor allem ökologischer Anliegen wegen gebildet haben. Die Angehörigen dieser Initiativgruppen waren bestimmt durch Zweifel an der Möglichkeit und Wünschbarkeit ungehemmten wirtschaftlichen Wachstums, durch Sorge vor der Erschöpfung natürlicher Ressourcen und vor Umweltzerstörung, schließlich durch Angst vor den nicht absehbaren Folgen neuer Technologien. Aus solchen Initiativgruppen, die sich insbesondere ökologischer Anliegen angenommen haben, bildeten sich dann bald überörtliche Umweltschutzbewegungen und von diesen nahm die Entstehung grün-alternativer Parteien sehr häufig ihren Ausgang. Mit der Parteigründung war häufig die Zielsetzung verbunden, sich eine zusätzliche Plattform für die Verbreitung der eigenen Anliegen zu schaffen.

Mit der Existenz von Parteiorganisationen, die hier und dort auch parlamentarische Repräsentanz gewinnen konnten, stellte sich für die Anhänger dieser Parteien bald die Frage, ob sie auch an konkreter Politikgestaltung durch Übernahme von Regierungsmitverantwortung bereit sein würden. Diese Frage bestimmt bis zum heutigen Tage einen wesentlichen Teil der internen Diskussion in diesen Parteien und ist bislang nicht gelöst.

Eine zweite Wurzel liegt im sogenannten Wertewandel. Damit ist gemeint, daß Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen, wie sie für Industriegesellschaften typisch waren und noch sind - wie etwa Leistung, Konsum, Wachstum, Effizienz, Wettbewerb, materieller Wohlstand, aber auch das, was etwas abschätzig "law and order" genannt wird - mehr und mehr auf Skepsis und Ablehnung stoßen; sowie, daß ihnen sogenannte postmaterialistische Werte gegenübergestellt werden. Dazu gehören insbesondere die Betonung von "Lebensqualität" als Bereicherung des Lebens über den materiellen Konsum hinaus, die Möglichkeit der Teilhabe an einer intakten Natur, überschaubare Strukturen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft mit einer Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten einschließlich der Forderung nach einem hohen Maß an Selbstbestimmung, Solidarität, Toleranz und menschlicher Wärme. Postmaterialisten, so wird gesagt, seien weniger durch eine bestimmte Ideologie geprägt, als durch die Befürwortung und Propagierung einer neuen Lebensweise, die eben durch sogenannte postmaterialistische Werte bestimmt sei.

Im Zusammenhang mit diesem Wertewandel entstehen die sogenannten "Neuen Sozialen Bewegungen". Dazu zählen etwa die Frauenbewegung oder die Friedensbewegung, aber auch Organisationen verschiedener Randgruppen, wie etwa von Homosexuellen; dazu zählen auch Gruppen, die ganz neue, eben alternative Produktionsweisen erproben und die insgesamt neue und alternative Lebensformen praktizieren und sich dabei traditionellen Verhaltensweisen verweigern und gegen sie protestieren.

Eine dritte Wurzel für grün-alternative Parteien stellt die Studentenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition dar, aus denen sich später in der Bundesrepublik beispielsweise die noch radikaleren sogenannten K-Gruppen entwickelten. Was dort zum Thema Kapitalismuskritik, Basisdemokratie, umfassende Systemveränderung gesagt wurde, hat erkennbar Eingang in Denkweise und Programmatik grün-alternativer Parteien und ihrer Anhänger gefunden.

Der Vielfalt von Wurzeln entspricht, daß im Bereich grün-alternativer Parteien durchaus eine Vielfalt von unterschiedlichen Strömungen ausgemacht werden kann. Sie unterscheiden sich darin, daß unterschiedliche Akzente gesetzt werden: Während die einen grob gesagt, primär "grün" und "ökologisch" ausgerichtet sind, sind andere eher "links" und "alternativ". Hinzu kommen teils gravierende Unterschiede in der Beurteilung der richtigen politischen Verhaltensweise und Strategie. In der für Außenstehende zuweilen verwirrenden Vielfalt und dabei auch Gegensätzlichkeit innerhalb grün-alternativer Gruppierungen spiegelt sich die Heterogenität der Entstehungsgründe. Bei aller Vielfalt von Auffassungen und unterschiedlichen Akzenten ist den verschiedenen Strömungen aber ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in einzelnen Fragen zu eigen, wie bereits oben erläutert wurde; energiepolitische Vorstellungen gehören dazu.

2. Aktivitäten grün-alternativer Parteien auf nationaler und europäischer Ebene

Seit Ende der siebziger Jahre und dann im Verlauf der achtziger Jahre haben sich Grün-Alternative praktisch in allen westeuropäischen Staaten etabliert. Darauf war bereits einleitend hingewiesen worden. Selbst in den Staaten, in denen diese Parteien noch keine parlamentarische Repräsentanz erreicht haben - was beispielsweise in Großbritannien, aber auch in Frankreich, auf Wahlsysteme zurückzuführen ist, die kleineren Parteien praktisch keine Chancen auf Wahlerfolge lassen - haben sich grün-alternative Parteien als politische Faktoren etabliert, die die politische Diskussion in dem betreffenden Land mitprägen und von den anderen politischen Kräften nicht ignoriert werden können. Dies ist zuletzt anlässlich der Wahlen des Europäischen Parlaments im Juni 1989 deutlich geworden, wo es vor allem grün-alternative Parteien waren, die den Zuwachs kleinerer Parteien bewirkt haben und damit die Gefährdung etablierter Parteiensysteme in vielen westeuropäischen Staaten. Nach Stimmzahlen gemessen haben die französischen Grünen die Kommunistische Partei des Landes überflügelt und in Großbritannien konnte die Green Party den dritten Platz nach den beiden großen Parteien, aber eben noch vor den Sozialliberalen, einnehmen. Bei allen Unterschieden dieser Parteien: Auf dem Gebiet der Energiepolitik herrscht ein bemerkenswert hohes Maß an Übereinstimmung, wie oben im einzelnen referiert wurde.

Grün-alternative Parteien bzw. Gruppierungen haben schon recht früh versucht, grenzüberschreitende Kontakte zu gleichgesinnten Parteien und Gruppierungen aufzunehmen. Ziel war nicht die Etablierung einer zentralen Dachorganisation, sondern die Schaffung eines Netzwerks zum Erfahrungs- und Informationsaustausch und zur Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten, wo diese politisch möglich schienen.

im Europäischen Parlament bildete sich nach den Wahlen von 1984 ein sogenanntes Grün-Alternatives Europäische Bündnis, mit der Abkürzung GRAEL (Green Alternative European Link)¹², bestehend aus elf Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland (die Grünen), Niederlanden (Grün-Progressiver Accord), Belgien (Agalev), Italien (Proletarische Demokratie). Dieses Bündnis war Teil einer größeren Parteienkoalition, der sogenannten Regenbogen-Fraktion. Neben den Abgeordneten des GRAEL gehörten der Fraktion die vier dänischen EG-Gegner, sowie fünf Abgeordnete einer Europäischen Freien Allianz (es handelte sich um die Vereinigung verschiedener regionalistischer Abgeordneter aus Belgien, Italien und später Spanien) an. Die bereits erwähnten bemerkenswerten Erfolge grün-alternativer Parteien bei den Wahlen des Europäischen Parlament im Juni 1989 erlaubten nunmehr die Errichtung einer eigenständigen Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament. Das grün-alternative europäische Bündnis GRAEL der Jahre 1984-89 hatte sich zu einer jetzt 30 Abgeordnete umfassenden Fraktion entwickelt, der als neue Komponente Abgeordnete aus Frankreich und Portugal angehören¹³.

Bereits vor den Wahlen, also für die Phase des Wahlkampfes, hatten sich 17 grün-alternative Parteien aus insgesamt 15 westeuropäischen Ländern zur sogenannten Europäischen Grünen Koordination zusammengeschlossen, die primär der Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten dienen sollte. Es handelt sich um eine sehr lockere Vereinigung, die aber für die Wahlen 1989 eine gemeinsame Wahlplattform beschlossen hat¹⁴. Darin wird die EG in ihrer gegenwärtigen Form und mit ihren aktuellen Zielsetzungen kritisiert; und es werden Perspektiven für ein basisdemokratisches, soziales, ökologisches, abgerüstetes und feministisches Europa formuliert.

3. Resonanz und Durchsetzungschancen grün-alternativer Parteien

Da grün-alternative Parteien, trotz aller Wahlerfolge in einzelnen Staaten, bislang nur Minderheiten-Parteien darstellen, hängt ihr Erfolg weitgehend von der Resonanz im politisch-gesellschaftlichen Bereich ab. Mehr als nur natürliche Verbündete stellen die Neuen Sozialen Bewegungen dar; sie können gleichsam als Wurzelgrund, aus dem diese Parteien ihre Anhänger rekrutieren, bezeichnet werden. Nicht alle aber, die sich in solchen Bewegungen und Initiativgruppen engagieren, sind automatisch bereit, grün-alternative Parteien aktiv zu unterstützen. Das Engagement für ein spezielles Anliegen im Rahmen einer solchen Initiativgruppe bedeutet eben nicht in jedem Fall, die sehr viel umfassendere Programmatik und Zielsetzung grün-alternativer Parteien zu übernehmen.

Keinerlei Resonanz finden grün-alternative Parteien bei den etablierten Parteien, sieht man einmal von der Koalition zwischen Grünen und SPD in Hessen, die allerdings auch nur für kurze Zeit Bestand hatte, ab. Es ist zweifellos das grundlegend neue, alternative Politikverständnis grün-alternativer Parteien und ihr rigoristischer, kompromißfeindlicher Ansatz, der ein Zusammengehen im Sinne traditioneller Parteikoalitionen bislang verhindert hat. Eine Änderung dieser Konstellation zeichnet sich nicht ab. Diese grundsätzlichen Gegensätze schließen allerdings nicht aus, daß, wie vielerorts zu beobachten, etablierte Parteien beispielsweise umweltpolitische Anliegen aufgegriffen und sich zu eigen gemacht haben, die zunächst mehr oder weniger ausschließlich eine Domäne grün-alternativer Gruppierungen gewesen sind. So lassen sich auch durchaus Berührungspunkte mit primär sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien auf dem Gebiet der Energiepolitik ausmachen, ohne daß dies jedoch für das Eingehen dauerhafter Verbindungen ausreichen würde. Bei den Gewerkschaften finden die Parolen grün-alternativer Parteien keine Resonanz, was in erster Linie auf die wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen zurückzuführen ist, die sich von denen der meisten Gewerkschaftsorganisationen deutlich unterscheiden. Was die Kirchen betrifft, so stehen einzelne kirchliche Gruppierungen grün-alternativen Tendenzen durchaus offen und positiv gegenüber, die Kirchen als Organisationen bleiben jedoch in deutlicher Reserve, so daß die grün-alternativen Kräfte von ihnen keine Unterstützung erwarten können.

Zustimmung und Unterstützung finden grün-alternative Parteien in westeuropäischen Staaten bei einem Teil der Wählerschaft, deren Größenordnung zwischen 3 und geringfügig über 10% zu beziffern ist. Wurde die Wahlentscheidung zu Gunsten grün-alternativer Parteien zu Beginn der "grünen Welle" als Ausdruck einer Protesthaltung interpretiert und von den Vertretern dieser Deutung daher als lediglich vorübergehendes Phänomen verstanden, herrscht mittlerweile die Auffassung vor, daß sich diese Parteien auf einen fast schon festen Wählerstamm stützen können, daß also von einem Übergangsphänomen keine Rede sein kann. Welches sind nun die Merkmale der Anhänger grün-alternativer Parteien¹⁵?

- Vertreter der jungen Generation sind überrepräsentiert und damit Teile der Bevölkerung, mit einem anderen Lebens- und Erfahrungshintergrund, der nicht mehr durch die Nachkriegszeit geprägt ist.
- Auch Frauen werden durch diese Parteien stark angesprochen und sind insbesondere auch bei den Parteiaktivisten sehr stark vertreten.

Die Anhänger dieser Parteien haben überwiegend einen sehr hohen Bildungsstand; Absolventen höherer Schulen und Universitäten sind weit überproportional vertreten. In dieses Bild paßt, daß vor allem auch Studierende, also noch in Ausbildung Befindliche, einen großen Anteil der Anhängerschaft ausmachen.

- . Die Anhängerschaft rekrutiert sich sodann überwiegend aus Angehörigen der Mittelklasse, wobei die Wahlforscher den Begriff der "neuen Mittelschichten" geprägt haben. Sie zählen dazu gut ausgebildete und hochqualifizierte Beschäftigte im Dienstleistungssektor, und vor allem auch im Öffentlichen Dienst (Ausbildungs- und sozialer Sektor). Zu den sozialen Merkmalen gehört sodann, daß sie überwiegend im nicht-produktiven Bereich tätig sind.
- Zusammenfassend kann man sagen, daß die Anhänger grün-alternativer Parteien allesamt nicht in traditionellen sozialen Milieus verankert sind und sich stattdessen vorwiegend an neuen, postmaterialistischen Werten orientieren. Auch wenn sie sich selbst als auf der linken Seite des politischen Spektrums stehend einschätzen, handelt es sich nicht um die traditionelle Linke, die durch Klassenkonflikte geprägt wird, sondern um eine sogenannte "Neue Linke", für die das Lebensweise-Paradigma bestimmend geworden ist.
- Zu diesem zwar kleinen, aber offensichtlich stabilen Teil der Anhängerschaft grün-alternativer Parteien gehören zusätzlich Protestwähler, deren Stimmabgabe zu Gunsten grün-alternativer Politik Ausdruck eines Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlustes gegenüber etablierten Politikern und Parteien ist. Zukunftsangst und Unsicherheit, häufig Ergebnis unzureichender Information und deutlicher Indikator für völlig unzulängliche Kommunikation zwischen Inhabern politischer Macht und der breiten Masse der Bevölkerung, kommen als Motive für diese Protesthaltung hinzu. Weil grün-alternative Parteien gerade hier Alternativen anbieten, finden sie bei einem Teil der Wählerschaft Resonanz.

Eine Prognose über die Bestandskraft grün-alternativer Parteien ist überaus schwierig. Sie werden sich gewiß so lange behaupten, so lange das Bedürfnis nach "neuer Politik" bei einem Teil der Wählerschaft stark genug bleibt und die sogenannten etablierten Parteien diesem Bedürfnis nicht ausreichend Rechnung tragen. Die Frage bleibt allerdings, ob die Befürworter umfassender Veränderungen, die den festen Stamm der Anhängerschaft bilden, auf die Dauer damit zufrieden sind, lediglich als kompromißlose Kritiker und Mahner zu fungieren, oder ob sich Tendenzen durchsetzen, sich auf Bündnisse - wofür letztlich wohl primär sozialdemokratische und sozialistische Parteien in

Frage kommen - einzulassen, um die Durchsetzung erster kleiner Schritte in Richtung auf Veränderungen zu ermöglichen. Bei Übernahme einer solchen pragmatischen Haltung droht diesen Parteien zweifellos die Gefahr, von den etablierteren und größeren Bündnispartnern absorbiert zu werden und als eigenständige politische Kraft von der Bildfläche zu verschwinden. Die Virulenz dieser Problematik spiegelt sich in den teilweise zermürenden internen Debatten grün-alternativer Parteien¹⁶.

IV. Zwei aktuelle politische Herausforderungen und ihre Implikationen für energiepolitische Überlegungen der Grün-Alternativen

Abschließend soll auf zwei bedeutsame Herausforderungen eingegangen werden, die auf die energiepolitischen Überlegungen grün-alternativer Gruppen und Parteien großen Einfluß haben bzw. haben werden. Beide Herausforderungen und die mit ihnen verbundenen Diskussionen - gerade auch für den Energiesektor - illustrieren nur einmal mehr, wie stark sich Politik in Europa internationalisiert hat. Probleme in den verschiedensten Politikbereichen machen nicht an nationalen Grenzen halt, so daß es auch nur konsequent ist, daß die Diskussion um Problemlösungen grenzüberschreitend geführt wird. Europa erweist damit als ein zusammenhängender Kontinent, dessen Teile immer näher aneinander rücken; das gilt insbesondere auch für den Bereich der Energiepolitik. In beiden Herausforderungen, mit ihren grenzüberschreitenden Problemen, liegen zentrale Themen der neunziger Jahre.

1. Das Ziel der Vollendung des EG-Binnenmarktes

Seit Mitte der achtziger Jahre, nämlich seit der Einheitlichen Europäischen Akte, mit der die EG-Verträge revidiert und ergänzt worden sind, steht das Ziel der Vollendung des EG-Binnenmarkts, also der Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsraums, ganz oben auf der europapolitischen Agenda¹⁷. Seine Verwirklichung hätte auch weitestgehende Konsequenzen für die Energiemärkte und die Energiepolitik.

Die grün-alternativen Gruppierungen und Parteien lehnen das Ziel des Binnenmarktes ab und stellen ihm das Konzept oder die Vision eines dezentralisierten Europas, mit autonomen Regionen als Basiseinheiten, gegenüber.

- Für die Ablehnung des Ziels des EG-Binnenmarkts werden eine Reihe von Argumenten vorgetragen. Mit dem Binnenmarkt-Konzept sei die ausschließliche Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum verbunden, dem grün-alternative Parteien, wie erläutert, ablehnend gegenüberstehen. Sie sehen in Bestrebungen zur Schaffung dieses ein-

heitlichen großen Wirtschaftsraums die Entwicklung Europas zu einer hochzentralisierten wirtschaftlichen und dann vor allem auch militärischen Supermacht¹⁸. Der Binnenmarkt geht ihrer Auffassung nach zu Lasten der Menschen (Stichwort vom "Sozialdumping") und der Umwelt (Stichwort "Umweltdumping"); beides ist ihrer Überzeugung nach die unabweisbare Konsequenz von Liberalisierung und Deregulierung als Instrumenten und Strategien zur Schaffung des Binnenmarktes. Was den Energiesektor betrifft, sprechen sie sich gegen die Liberalisierung des Stromhandels und gegen die mit dem Binnenmarkt verbundene weitere Aufwertung der Kernkraft aus; der Binnenmarkt wird als "freier Markt der Atomlobby" titulierte¹⁹. Schließlich gehe der Binnenmarkt auch auf Kosten der Völker und Staaten der Dritten Welt; ihre Belange spielen in den Überlegungen grün-alternativer Parteien eine konstant wichtige Rolle.

- Als Alternativkonzept europäischer Entwicklung²⁰ fordern grün-alternative Parteien, Europa müsse basisdemokratisch, sozial, ökologisch und abgerüstet sein. Es gelte, Europa von unten zu schaffen, statt eine hochzentralisierte Superstruktur aufzubauen. Im einzelnen wird für ein Europa ohne Grenzen, aber bestehend aus autonomen Regionen plädiert, wobei sich die Autonomie, wie oben beschrieben, vor allem auch auf wirtschaftspolitische Eigenständigkeit beziehen soll. Dieses dezentralisierte Europa soll eine neue Wirtschaftsordnung, wie sie ebenfalls oben beschrieben wurde, erhalten. Schließlich müsse Europa blockfrei werden. Um der Gefahr des doppelten Dumping - im sozialen und im Umweltbereich - vorzubeugen und gegenzusteuern, werden für diese beiden Bereiche strengste Normen angemahnt.

Auch wenn die im Europäischen Parlament vertretenen grün-alternativen Abgeordneten nur eine kleine Minderheit, nämlich 30 von 518 Abgeordneten ausmachen, haben sie in der Straßburger Versammlung gleichwohl eine Plattform, die sie in Ergänzung zu Aktivitäten im jeweiligen Nationalstaat überaus wirksam nutzen können. Es ist im übrigen unverkennbar, daß ökologische Anliegen in der EG-Politik eine stärkere Rolle spielen und mehr beachtet werden. Es wird abzuwarten sein, wie sich dies für konkrete Aspekte der Energiepolitik auswirkt²¹. Mit der Öffnung der Grenzen zwischen Ost- und Westeuropa und angesichts der Perspektive eines schrittweisen Zusammenwachsens bislang streng voneinander getrennter Teile Europas erhalten vor allem auch energiepolitische Probleme eine nochmals größere Dimension. Dem wird auch die EG Rechnung tragen müssen.

2. Entwicklung und Wandel in Mittel- und Osteuropa

Die zweite ganz wesentliche Herausforderung stellen die in geradezu atemberaubender

Geschwindigkeit ablaufenden Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa samt den sich rasch abzeichnenden Konsequenzen dar. In Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR kommt es zu einer radikalen Veränderung der politischen Ordnung: die auf der Dominanz einer kommunistischen Partei beruhenden Regime werden abgelöst durch eine auf Parteienwettbewerb, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Pluralismus beruhende politische Ordnung. Und an die Stelle einer zentral gesteuerten Kommando-wirtschaft tritt eine marktwirtschaftliche Ordnung mit Betonung sozialer und ökologischer Komponenten. Damit verbunden ist eine rasche Annäherung dieser Staaten an Westeuropa; die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen wachsen und werden intensiver. Während für die DDR das völlige Zusammenwachsen mit der Bundesrepublik (zunächst via Wirtschafts- und Währungsunion, sodann auch in Form der staatlichen Einheit) auf der Tagesordnung steht, geht es für die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten um die Herstellung institutionalisierter Beziehungen zu Westeuropa, insbesondere zur EG; hier wird es aller Voraussicht nach zu Assoziationsverhältnissen kommen, die als Vorstufe zu einer späteren noch engeren Verbindung, letztlich wohl einer Mitgliedschaft, gedacht sind.

Damit ist eine Entwicklung angelegt, in deren Verlauf sich die politische und wirtschaftliche Ordnung Westeuropas in wesentlichen Teilen auf diese Staaten Mittel- und Osteuropas erstrecken wird. Eine solche Entwicklung entspricht grün-alternativen Vorstellungen jedoch ganz und gar nicht. Insbesondere die Entwicklung in den deutsch-deutschen Beziehungen, auf Grund der tiefgreifenden Änderungen in der DDR, entsprechen gewiß nicht grün-alternativen Zielvorstellungen vom notwendigen Umbau von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, einschließlich des Energiesektors.

Was den Sektor der Energiepolitik betrifft, so haben die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa die dort erfolgte Umweltzerstörung in ihrem vollen Ausmaß erkennbar werden lassen. Nicht zuletzt ist es der Braunkohleabbau und die Verstromung von Braunkohle in völlig veralteten Anlagen, praktisch ohne jede Umweltschutzvorkehrungen, die zu diesen unerträglichen Umweltbelastungen geführt haben. Daraus folgt als zwingende Konsequenz die Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung des Braunkohleanteils an der Energieversorgung der DDR. Das wirft die Frage nach ausreichenden Kompensationen auf, die noch dadurch zugespitzt wird, daß die in der DDR vorhandenen Kernkraftkapazitäten wegen unzureichender Sicherheitsvorkehrungen künftig nicht mehr genutzt werden können. So bleibt als kurz- und mittelfristiger Ausweg nur verstärkte internationale Kooperation, konkret also eine Verbindung mit der Bundesrepublik und Westeuropa.

Kritiker der in der Bundesrepublik und Westeuropa existierenden Struktur des Energiemarktes und der hier betriebenen Energiepolitik, wie grün-alternative Gruppierungen und Parteien, stehen damit vor einem schwer lösbaren Dilemma. Die akute Notsituation, in der sich die Energiewirtschaft der DDR befindet, verlangt nach sofortigen Maßnahmen im Rahmen intensiverer internationaler Kooperation, die auf der Grundlage der hier bestehenden Struktur erfolgen werden. Bestehende Strukturen in Westeuropa werden damit eher gefestigt; der von Grün-Alternativen geforderte Umbau, sowohl der gesamten Wirtschaftsordnung als auch in deren Gefolge des Energiemarktes, erscheint noch weniger realisierbar. So weit erkennbar, haben grün-alternative Gruppierungen in Westeuropa, etwa im Europäischen Parlament, auf diese Probleme noch keine schlüssigen Antworten gegeben.

Wie groß das Dilemma ist, läßt sich an Überlegungen und Äußerungen einer im November 1989 in der DDR neu entstandenen grünen Partei entnehmen²². Ihre Sprecher bekennen freimütig, daß die Lösung der Probleme auf dem Gebiet der Energiepolitik außerordentlich schwierig sei. Wenn ihre erste Priorität ist, den Braunkohleanteil drastisch zu reduzieren, wenn aber durch Einsatz alternativer Energien maximal 10% des Bedarfs gedeckt werden können, und wenn - durch drastische Sparmaßnahmen - eine kurzfristige Halbierung des Energiebedarfs (eine mehr als optimistische Erwartung) prognostiziert wird, dann stellt sich insgesamt immer noch die Frage, wie der Restbedarf gedeckt werden kann. In der Feststellung, daß ein Ausstieg aus der Atomkraft nur langfristig möglich ist, wird das Dilemma deutlich erkennbar. Es scheint, als hätten die dramatischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, die nicht zuletzt die auf engste miteinander verknüpften energie- und umweltpolitischen Probleme ins Rampenlicht gerückt haben, die ohnehin nicht allzu großen Spielräume für grundlegende Veränderungen der Energiepolitik im Sinne grün-alternativer Vorstellungen noch weiter verringert.

- 1 Vergl. dazu Rudolf Hrbek: "Umweltparteien". In: Otto Kimminich/Heinrich Freiherr von Lersner/Peter-Christoph Storm (Hrsg.): Handwörterbuch des Umweltrechts, Band II, Berlin 1988, S. 646-652.
- 2 Vergl. dazu Ferdinand Müller-Rommel, (Hrsg.): New Politics in Western Europe. The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists. Boulder 1989.
- 3 Diese sehr einleuchtende und gut begründete Auffassung vertritt Ferdinand Müller-Rommel "New Political Movements and New-Politics Parties in Western Europe." Arbeitsberichte des Fachbereichs Wirtschaft- und Sozialwissenschaften der Hochschule Lüneburg Nr. 52,1989.
- 4 Ebenda, S.10/11.
- 5 Einen guten zusammenfassenden Überblick über diese Entwicklung gibt Wolfgang Rüdiger: Die Grüne Welle. Zur Entwicklung ökologischer Parteien in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/85, S. 3-18.
- 6 Eine gründliche Analyse der grünen Wahlerfolge bei diesen Europawahlen von 1989 mit ausführlichem Zahlenmaterial enthält der Aufsatz von John Curtice: The 1989 European Election: Protest or Green Tide? In: Electoral Studies 3/1989, S. 217-230. In der gleichen Ausgabe dieser Zeitschrift sind Wahlanalysen dieser Europawahl für alle 12 EG-Mitgliedstaaten enthalten; darin werden auch die jeweiligen Ergebnisse grün-alternativer Parteigruppen erläutert.
- 7 Die Grünen erzielten 8,4%, gegenüber 8,2% bei den zweiten Europawahlen 1984 und 8,3% bei der letzten Bundestagswahl 1987.
- 8 Siehe dazu das Gespräch mit Mitgliedern der Gründungsinitiative für eine grüne Partei in der DDR, erschienen in: National-Zeitung (DDR) vom 25./26.11.1989, S. 3/4.
- 9 Die nachfolgende Übersicht energiepolitischer Vorstellungen grün-alternativer Parteien erfolgte nach Durchsicht programmatischer Äußerungen mehrerer solcher Parteien in verschiedenen westeuropäischen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland. Die "Themenausgabe Energie" der Zeitung DAS PARLAMENT Nr. 25/1987 enthält als Quelle Ausführungen von Eckhard Stratmann, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag sowie von Undine von Blotnitz, Abgeordnete im Europäischen Parlament in der Regenbogenfraktion und dort energiepolitische Sprecherin, über verschiedene Aspekte der Energiepolitik aus grün-

alternativer Sicht. Die These vom Wertewandel hat der amerikanische Sozialwissenschaftler Ronald Inglehart erstmals 1971 (in: American Political Science Review, Band 65, S. 991-1017) vertreten.

10 Vergl. die kurze zusammenfassende Darstellung zum Stichwort "Wertewandel" von Ferdinand Müller-Rommel in Pipers Wörterbuch zur Politik (herausgegeben von Dieter Nohlen), Band 2 (Westliche Industriegesellschaften), München 1983, S. 507-512, mit weiteren Literaturangaben.

11 Vergl. dazu den Sammelband von Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1987.

12 Vergl. dazu die Selbstdarstellung, die die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament im Oktober 1988 in einer umfangreicheren Broschüre publiziert hat ("Politik im Regenbogen. Grün-Alternatives im Europäischen Parlament.") Vergl. auch die Analyse von Karl. H. Buck: Europe: The "Greens" and the "Rainbow Group" in the European Parliament. In: F. Müller-Rommel, a.a.O. (vergl. Anmerkung 2).

13 Vergl. dazu die Übersicht in Oskar Niedermayer: Die Europawahlen 1989. Eine international vergleichende Analyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1989, S. 469-487, insbesondere S. 481.

14 Diese im März 1989 verabschiedete Wahlplattform ist veröffentlicht in: "Grüne Parteien zum EG-Binnenmarkt", Wahlbroschüre, Köln 1989. Vergl. auch die Synopse aus Wahlprogrammen, abgedruckt in: DAS PARLAMENT Nr.24/25/1989, S. 10-12; in der gleichen Ausgabe der Zeitung findet sich auf S. 9 ein Beitrag von Jürgen-Peter Esters, Pressesprecher des grün-alternativen Bündnisses in der Regenbogenfraktion des Europäischen Parlaments über diese Gruppierung.

15 Vergl. dazu die Zusammenfassung von F. Müller-Rommel, a.a.O. (siehe Anmerkung 3), S. 11. Für die Bundesrepublik hat diesen Befund bereits 1984 Hans-Joachim Veen vorgelegt: "Wer wählt grün? Zum Profil der neuen Linken in der Wohlstandsgesellschaft." In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 35-36/84, S. 3-17, sowie in: FAZ vom 3.9.1984.

16 In der Bundesrepublik handelt es sich um die Frontstellung zwischen sogenannten "Fundis" (also: Fundamentalisten, die eine pragmatische und kompromißlerische Haltung ablehnen) sowie "Realos" (also den sogenannten Realisten, die unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Bündnis mit der SPD bereit sind).

- 17 Die Begründung für das Ziel der Binnenmarkt-Vollendung enthält der sogenannte "Cecchini-Bericht"; vergl. die Kurzfassung von Paolo Cecchini: Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988. Der vom DIHT herausgegebene "Wegweiser zum EG-Binnenmarkt", im Mai 1989 in 3. Auflage erschienen, enthält eine Übersicht über Vorhaben und Entscheidungen zur Vollendung des Binnenmarktes.
- 18 Aus wissenschaftlicher Sicht hat der als Friedensforscher bekannt gewordene Norweger Johan Galtung bereits 1973 eine umfassende Kritik der EG unter dem Titel "Kapitalistische Großmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne? Untertitel: A superpower in the making, Hamburg 1973, veröffentlicht; demgegenüber fordert er eine freiheitlich- sozialistische Alternative für Europa. Die heutige grün-alternative EG-Einschätzung liegt auf der von der Galtung vertretenen Linie. Hier sei nur angemerkt, daß auch in der tagespolitischen Diskussion um die Deutung und Charakterisierung der EG Übertreibungen unvermeidlich zu sein scheinen: So wurde das Anfang der achtziger Jahre eher herablassende Urteil von der "Euro-Sklerose", es erfreute sich in den USA großer Beliebtheit, schon recht bald danach abgelöst durch die Propagierung der Schreckensvision von der "Festung Europa". Die Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, Dorothee Piermont, 1989 für weitere 5 Jahre gewählt, warnt in einem Beitrag der Zeitung DAS PARLAMENT Nr. 24-25/1989, S. 16, vor einer "Militärmacht Westeuropa" und gibt damit erneut ein (repräsentatives ?) Beispiel für eine völlig überzogene, nämlich extrem einseitige Sichtweise der EG aus grün-alternativer Perspektive, die deutlich am äußeren linken Rand des politischen Spektrums angesiedelt ist.
- 19 So die Wahlplattform zur Europawahl 1989.
- 20 Vergl. auch hierzu die Aussagen zur Europawahl 1989.
- 21 Rolf Spitzhüttl, ein sehr aufmerksamer journalistischer Beobachter des Geschehens im Europäischen Parlament, konstatierte, daß der lange Zeit gültige nationen- und fraktionenübergreifende Konsens in Fragen europäischer Energiepolitik "in einem sensiblen Teilbereich - der Kernenergie - in Frage gestellt" sei. Er führt sodann aus: "In diesem Sektor findet das Parlament kaum noch deutliche Mehrheiten, während es in den Jahren zuvor wie eine unerschütterliche Bastion der Kernenergiebefürworter erschienen war. Jetzt sind zu diesem Thema Kampfabstimmungen und denkbar knappe Abstimmungsergebnisse eher die Regel." (Vergl. seinen Beitrag in DAS PARLAMENT Nr. 35/1987, S.9.) Und der energiepolitische Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Dieter Schinzel, überschreibt seinen Beitrag in der gleichen Ausgabe der Zeitung DAS PARLAMENT mit der Forderung "Auf Kernenergie verzichten!".

22 So die Mitglieder der Gründungsinitiative für eine grüne Partei in der DDR (vgl. Anmerkung 8).